### **TÜRKEI WOHIN?**

# **TÜRKEI WOHIN?**

Gespräche mit Feridun Zaimoglu, Fatih Akin, Hrant Dink, Ahmet Altan u.a. Ich danke Ulrich Schwarz für seine Korrekturen und Gabriela Wachter.



© 2008 Parthas Verlag GmbH I Alle Rechte vorbehalten Parthas Verlag GmbH, Stresemannstraße 30,10963 Berlin www.parthasverlag.de I e-mail: info@parthasverlag.de

Lektorat: Axel Meier | Gestaltung u. Satz: Klaus Keller | Umschlagfoto: ullstein bild – Müller-Staufenberg | Gesamtherstellung: Albdruck | Jede Form der Wiedergabe oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, erfordert die schriftliche Zustimmung des Verlags.

ISBN 978-3-866**0-972 Մ**արգիս և Մարի Իզմիրկանների ա Sarkis and Marie Izmirlian Lit **Библиотека ЕГУ им.Саркиса и** Мас

#### **Inhaltsverzeichnis**

### Einleitung 7

#### Interviews

Ahmet Altan 13

Fatih Akin 26

Eren Keskin 36

Abdurrahman Dilipak 49

Feridun Zaimoglu 62

Hrant Dink 74

Ülker Radziwill 85

Ahmet Türk 102

Rifat N. Bali 110

Pater Dositeos Anagnostopoulos 119

Türkel Minibas 131

Fehmi Koru 143

Ahmet Insel 151

### **Anhang**

Zeittafel 161

Glossar 167

#### **Einleitung**

Noch nie haben sich die europäischen Staaten über die Türken so sehr den Kopf zerbrochen wie in den letzten Jahren, noch nie wurden Themen, die die Türkei betreffen, so häufig in der Presse behandelt. Als ob die Uneinigkeit der europäischen Staaten über die Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft in der Türkei seine Parallele fände, fragen sich die Türken, ob Europa wirklich das Zuhause des türkischen Volkes ist, wie in der Vergangenheit immer wieder betont wurde. Türken und Europäer sind in der Frage hin und her gerissen, mit dem kleinen Unterschied, dass sich inzwischen die Mehrheit der Türken außerhalb der Europäischen Union besser aufgehoben fühlt. Was sind ihre Beweggründe? Ein Blick in die Vergangenheit der Brücke zwischen Orient und Okzident lässt manches besser verstehen.

Die Geschichte der Republik Türkei ist in Wirklichkeit die Geschichte des Versuchs der Aufrechterhaltung eines Personenkults, der des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk, und der Verteidigung seiner Ideologie. Trotz ihrer scheinbaren Vielseitigkeit besteht die kemalistische Weltsicht in groben Zügen lediglich daraus, einem orientalischen, muslimischen Volk westliche Werte aufzuzwingen, das sich dem Ende des Osmanischen Reiches und der Gründung der Republik Türkei in Teilen - mal öffentlich, mal insgeheim - dagegen wehrt. Zwei Grundpfeiler des Kemalismus sind heute Wurzeln der zentralen innenpolitischen Probleme der Türkei: In der Nachfolge des Vielvölkerstaates des Osmanischen Reiches propagierte Atatürk einen Nationalismus, der die Türkei zu einem einheitlichen Raum mit einer gemeinsamen Sprache und Geschichte machen sollte, dabei jedoch die Bedürfnisse ethnischer Minderheiten im Land ignorierte. Daneben verordnete der Kemalismus dem bis dahin islamisch geprägten Land einen Laizismus, der Staat und Religion strikt voneinander trennte, indem er religiöse Parteien und islamische Schulen verbot, islamisches Recht durch eine europäisch geprägte Rechtsprechung ersetzte und religiöse Trachten wie Fez und Kopftuch aus der Öffentlichkeit verdrängen wollte.

Schon in der Frühzeit der 1923 gegründeten türkischen Republik war diese Politik höchst umstritten, doch erst 1950 gelang es, die bis

dahin dauernde Alleinherrschaft der von Atatürk gegründeten Republikanischen Volkspartei (CHP) zu brechen. Die Demokratische Partei (DP) unter Adnan Menderes übernahm in diesem Jahr die Regierung und führte die Türkei 1952 in die NATO. Trotz einer deutlichen Westorientierung der DP und einem damit verbundenen Modernisierungsschub propagierte sie eine Rückkehr zum islamischen Staat und machte einige Gesetze Atatürks wieder rückgängig. Die Armee nahm dies im Mai 1960 zum Anlass, gegen die Regierung zu putschen, machte aber 1961 wieder Platz für eine zivile Regierung unter Atatürks engem Weggefährten Ismet Inönu.

1973 zog mit der Nationalen Heilspartei (MSP) zum ersten Mal eine islamisch geprägte Partei in das türkische Parlament. Gemeinsam mit der CHP bildete sie eine Regierungskoalition unter der Führung von Bülent Ecevit. In ihre Regierungszeit fiel die Besetzung Nordzyperns (1974), die eine tiefe Zäsur im Verhältnis der Türkei zur EU darstellte. Diese Militäraktion war die Reaktion auf einen Putsch griechisch-zypriotischer Offiziere gegen den zypriotischen Präsidenten Erzbischof Makarios, um den Anschluss Zyperns an Griechenland zu erreichen. Mit der Besetzung hatte die Türkei einen Konflikt mit einem Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft heraufbeschworen, der das Verhältnis zur EU bis heute belastet.

In den sechziger und siebziger Jahren vergrößerten sich die wirtschaftlichen Probleme der Türkei; gleichzeitig nahmen Terroraktivitäten von links und rechts zu. Die Armee reagierte auf diese Entwicklung 1980 wieder mit einem Putsch. Sie verhängte das Kriegsrecht, verbot sämtliche politische Parteien und ging massiv gegen kurdische Separatisten und linke Aktivisten vor. Die lange durchgeführte kemalistische Assimilierungspolitik, die auf der Unterdrückung anderer Kulturen und Identitäten beruhte, hatte das Minderheitenproblem aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verdrängt. Durch den bewaffneten Kampf der kurdischen PKK für einen unabhängigen kurdischen Staat wurde es Mitte der 1980er Jahre zu einer zentralen Frage der Türkei, die bis heute nicht gelöst ist.

Auch aus Gründen der Annäherung an die EU fanden unter der Regierung Ecevit (1999-2002) Reformen im Zivilrecht statt, die Auswir-

kungen auf Menschen- und Bürgerrechte hatten und schließlich auch die kulturellen Freiheiten der Minderheiten stärkten. Diese Reformen wurden nach 2002 von der islamisch geprägten Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) weiter geführt. Die Tatsache, dass die Türkei heute von einer religiös motivierten Partei regiert wird, rüttelt an den kemalistischen Grundpfeilern des Staates. Nationalisten (die oft zentrale gesellschaftliche Funktionen, z.B. in der Justiz, der Armee und den Medien innehaben) und das Militär, die sich beide als Hüter des Kemalismus betrachten, befürchten eine schleichende Islamisierung des Landes, die einhergeht mit den separatistischen Bestrebungen der Kurden und Forderungen nach mehr kultureller Autonomie anderer ethnischer und religiöser Minderheiten. Um diese Entwicklungen zu verhindern, bedienen sich diese Kreise aller möglichen - legalen wie illegalen - Mittel: vom juristischem Kampf gegen die Aufhebung des Kopftuchverbotes an Universitäten über die Drohung, ein Verbot der AKP durchzusetzen beziehungsweise die Regierung gewaltsam zu stürzen, bis hin zu Militärschlägen gegen separatistische Kurden und der Ermordung kritischer Intellektueller. Gegen Kritiker am Kemalismus wird vor allem der, auch von der EU heftig kritisierte, berüchtigte Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches eingesetzt. Dieses Gesetz stellt die »Beleidigung der türkischen Nation, der türkischen Republik und der Institutionen und Organe des Staates« unter Strafe und diente in der Vergangenheit vor allem dazu, Intellektuelle und Menschenrechtler einzuschüchtern. Im April 2008 erreichte die AKP-Mehrheit im Parlament allerdings eine Abschwächung des Gesetzes und eine Reduzierung der Strafen.

Angesichts der Forderungen der EU nach Einhaltung der Menschenund Minderheitenrechte sowie der Religionsfreiheit und nach der Beschränkung des politischen Einflusses des Militärs ist es wenig erstaunlich, dass die Nationalisten und die Armee einem EU-Beitritt ablehnend gegenüberstehen.

Als deutlicher Verfechter einer Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union hat sich in den letzten Jahren ausgerechnet die islamisch geprägte AKP profiliert. In ihrer Regierungszeit wurden grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen, wie von der EU gefordert, durchgeführt. So wurde die Todesstrafe abgeschafft, die kurdische Sprache zugelassen und der Konflikt mit Griechenland über Zypern entschärft. Diese Politik sowie ihr Wunsch nach mehr individueller religiöser Freiheit stellt die AKP in einen Gegensatz zum kemalistischen Nationalismus und Laizismus, die von Militär und Nationalisten so vehement verteidigt werden. Einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen der AKP und den Anhängern Atatürks stellte die Wahl des früheren türkischen Außenministers Abdullah Gül zum Staatspräsidenten im Jahr 2007 dar, die die Armee mit der Drohung eines Militärputsches abzuwenden versuchte, nicht nur um einen Vertreter der Religiösen als höchsten Repräsentanten des türkischen Staates, sondern auch als Oberbefehlshaber der Armee, zu verhindern.

Inwieweit die Fortführung der von der AKP eingeleiteten Reformen möglich ist, ist im Moment nicht abzusehen. Ein im Januar 2008 von der AKP-Regierung erlassenes Gesetz zur Aufhebung des Kopftuchverbotes an Universitäten wurde im Juni vom Verfassungsgericht annulliert. Viele Beobachter werteten dies als Hinweis auf ein bevorstehendes Verbot der AKP, schließlich werden darüber dieselben Richter entscheiden. Tatsächlich nahm der türkische Generalstaatsanwalt die Aufhebung des Kopftuchverbots zum Anlass, ein Verbotsverfahren gegen die Partei Erdogans einzuleiten. Ende Juli 2008 lehnte das Verfassungsgericht jedoch mit hauchdünner Mehrheit ein Verbot der Partei ab.

Seit dem ersten Assoziierungsantrag der Türkei an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1959) sind nun beinahe fünfzig Jahre vergangen. Trotz der Einrichtung einer Zollunion und anderer Vereinbarungen, trotz der Zugehörigkeit der Türkei zu anderen supranationalen Organisationen (NATO, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Westeuropäische Union) ist das Land dem Ziel einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union in den letzten fünf Jahrzehnten kaum näher gekommen. Die Verzögerungen innerhalb dieses Prozesses wurden in erster Linie mit wirtschaftlichen und innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei begründet. In den letzten Jahren standen auf der politischen Ebene offiziell Fragen der Menschen- und Minderheitenrechte im Vordergrund. In den europäischen Bevölkerungen dagegen herrscht seit den 1970er Jahren ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der Aufnahme des Landes in die Europäische Gemeinschaft.

Während es anfangs vor allem Angst vor einer unkontrollierten Zuwanderung von Arbeitskräften aus der Türkei und damit verbundenen Integrationsproblemen war, gewann nach dem 11. September 2001, den islamistischen Anschlägen auf das World Trade Center in New York, die Befürchtung einer Islamisierung Europas an Bedeutung. Obwohl sich die Türkei in den letzten Jahren durch zahlreiche wirtschaftliche und innenpolitische Reformen den Forderungen der EU weitgehend gebeugt hat, wurde 2005 ein neuer Beitrittsprozess eingeläutet, der Verhandlungen über zehn bis fünfzehn Jahre vorsieht und an dessen Ende geprüft werden soll, ob die Aufnahme des Landes in die EU überhaupt möglich ist. Sollte dies letztendlich gelingen, hätte der gesamte Prozess vom ersten Assoziierungsantrag bis zur Mitgliedschaft mehr als sechs Jahrzehnte in Anspruch genommen. Dem gegenüber stehen eine Reihe von Ländern des früheren Ostblocks, die innerhalb weniger Jahre der Europäischen Union beitreten konnten. Die rasche Aufnahme dieser Länder führte viele Türken zu der Meinung, an sie würden andere Maßstäbe angelegt als an andere Beitrittsländer, und gab ihnen das Gefühl, grundsätzlich nicht gewollt zu sein. Nach dem wirtschaftlichen Aufschwung, den die Türkei in den letzten Jahren erfahren hat, stellt sich vielen von ihnen heute die Frage, ob die Türkei überhaupt noch auf eine Mitgliedschaft in der EU angewiesen ist. Stattdessen wird bereits über eine neue Orientierung der Türkei nach Zentralasien oder gar nach Russland oder China hin diskutiert.

Innerhalb der europäischen Gemeinschaft argumentieren die Gegner eines Beitritts der Türkei heute mit der Gefahr einer Islamisierung des abendländischen Kontinents sowie Befürchtungen, durch die Aufnahme der Türkei würde der ökonomische und politische Integrationsprozess in der EU ins Stocken geraten und die wirtschaftliche Förderung der Türkei würde die EU finanziell zu sehr belasten.

Befürworter verweisen dagegen auf die positive Entwicklung der Türkei in den letzten Jahren und erwarten von einer EU-Mitgliedschaft die Beschleunigung der Demokratisierung des Landes. Daneben stellen sie die geostrategische Bedeutung der Türkei für Europa heraus. Mit seiner Lage am Übergang von Europa nach Asien könnte die Türkei nicht nur für die Versorgung des Kontinents mit Erdöl und Erdgas aus dem Mittleren Osten von entscheidender Bedeutung sein, sondern auch eine

Vermittlerrolle zu den islamischen Ländern spielen und Einfluss auf die Konfliktherde in dieser Region nehmen.

Nachdem an dieser Stelle die Positionen von Parteien und Institutionen dargestellt wurden, sollen in den folgenden Interviews Persönlichkeiten aus der künstlerischen, literarischen und politischen Szene zu Wort kommen, deren Wahrnehmung der Probleme von innen, aber im Fall der Deutschen türkischer Herkunft auch von außen, unsere Perspektive auf die Türkei erweitern können.

#### Ahmet Altan

(\*1950) ist einer der erfolgreichsten türkischen Schriftsteller. Er begann als Journalist, eine Tätigkeit, die ihn immer wieder in Konflikte mit den Behörden brachte. Seit 1982 hat Ahmet Altan fünf Romane und zwei Essaybände veröffentlicht. Er lebt heute in Istanbul.

#### Wie würden Sie die jetzige Situation in der Türkei beschreiben?

In letzter Zeit entspannt sich die Atmosphäre eigentlich. Aus meiner Sicht befindet sich die Türkei in einer hoffnungsvollen Phase. Merkwürdigerweise hatten Gewalt, Nationalismus, Unterdrückung und Provokationen vor einiger Zeit zugenommen, besonders während der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juli 2007, aber jetzt scheint alles wieder ruhiger zu werden.

Wir wissen nicht, wer die Initiatoren dieser gespannten Atmosphäre sind. Es geschahen damals merkwürdige Dinge in diesem Land. Während der Präsidentschaftswahlen verlas die Armee in einer Nacht ein Memorandum [in dem sie indirekt mit einem Putsch drohte]. Hinzu kam, dass das Verfassungsgericht irgendwelche Entscheidungen traf, die mit der Verfassung nichts zu tun hatten [es entschied, dass bei einer Präsidentschaftswahl mindestens zwei Drittel der Abgeordneten im Parlament anwesend sein müssen]. Das waren deplatzierte Dinge in einer Demokratie und haben im Land für Spannung gesorgt. Danach fanden die Wahlen statt, und die AKP bekam – gestärkt von der ungewollten Unterstützung durch das Militär – einen hohen Stimmenzuwachs.

Aber danach bestand die Armee nun darauf, dass wir in den Nordirak einmarschieren. Denn, wenn in der Türkei die Gewalt abnimmt, dann normalisiert sich die Politik. Wenn die Politik sich normalisiert, dann verliert die Armee an Gewicht in der Politik. Wir haben in diesem Land keinen anderen Alltag. Seit der Gründung der Republik Türkei mischte sich die Armee immer in die Politik ein, und das will sie – soweit ich das beurteilen kann – auch weiterhin tun. Mit der Gewalt, der Unterdrückung und der Steigerung der politischen Spannung gewinnt

die Armee als Retter in der Not eine Bedeutung. Das ist eine Politik, die sich außerhalb der demokratischen Richtlinien bewegt.

Noch vor kurzem befanden wir uns an einem Scheideweg: entweder würde die Türkei in den Krieg ziehen und im Nordirak gegen die Amerikaner und die kurdischen Peschmergas kämpfen – der Ausgang dieses Krieges wäre unvorhersehbar – oder die Atmosphäre würde sich entspannen. Was wir momentan haben, ist die Entspannung der Situation. Dank der Dialoge mit den USA, der Vermittlung der EU und einer vernünftigen Regierungspolitik hat sich die Situation in der Türkei entspannt. Auch die PKK wurde inzwischen etwas zurückgedrängt, und die Politiker zeigen sich den Kurden gegenüber wesentlich verständnisvoller. Ich denke, die Türkei befindet sich auf dem Wege zur Normalität, in eine hoffnungsvolle Zukunft.

Allerdings wurde der Druck auf die Kurden in der Türkei enorm erhöht. Es ist sogar davon die Rede, dass die kurdische Partei DTP, die im Parlament über 22 Abgeordnete verfügt, verboten werden soll.

Wie gesagt: wenn die Gewalt und die Spannung abnehmen, dann büßen die bewaffneten Kräfte auf beiden Seiten an Macht ein. Ich denke, es betrifft nicht nur die türkischen, sondern auch die kurdischen bewaffneten Kräfte. Wenn das Kurdenproblem zivilisiert und nach den Kriterien der EU gelöst wird, dann wird auch der politische Handlungsraum dieser Leute kleiner. Das heißt: wenn die Gewalt zunimmt, dann profitieren davon sowohl die türkische Armee wie auch die PKK.

Wenn wir hier von »Kurden« reden, dann reden wir nicht von einer einheitlichen Gruppe. Wie die Türken sind auch die Kurden nicht homogen. Auch unter den Kurden gibt es Menschen, die sowohl den Krieg als auch den Frieden wollen. Man kann aber beobachten, dass die Zahl der Friedensbefürworter in letzter Zeit deutlich zunimmt. Ein Krieg würde mit Sicherheit beiden Seiten sehr schaden, und einen Sieger wird es nicht geben. Vernünftige Kurden und Türken sehen diese Realität. Allerdings versuchen im türkischen Staat einige Menschen den Frieden zu sabotieren, indem sie die kurdische Partei DTP verbieten wollen. Ich glaube, dass es sogar Kurden gibt, die die Schließung der DTP befürworten. Ich gehe davon aus, dass diese Leute keinen Erfolg haben

werden. Die Türkei wird ihren Weg zu Ruhe und Ordnung und in die Normalität fortsetzen. Ich bin voller Hoffnung und optimistisch.

Merkwürdigerweise gibt es bei den türkischen Behörden gegenüber den Wörtern »Kurde« oder »Kurdistan« eine Abneigung. Auch Sie mussten wegen des Wortes »Atakürt« [heißt »Vater der Kurden« und erinnert an den Namen des Staatsgründers Kemal Atatürk], das Sie in einer Ihrer Kolumnen gebraucht haben, vor Gericht erscheinen. Jetzt soll die Menschenrechtlerin und Anwältin Eren Keskin wegen des Wortes »Kurdistan«, das sie in einer Rede benutzt hat, ins Gefängnis. Wie beurteilen Sie dies?

Unsere Republik hat vor einigen bestimmten Wörtern Angst. Symbole haben in der Türkei große Bedeutung. Je unterentwickelter ein Land ist, umso wichtiger sind die Symbole. Die Türkei ist kein fortschrittliches Land, noch nicht, und deswegen haben Symbole hier einen anderen Stellenwert. Eigentlich wurden Wörter wie »Kurdistan« oder »Lazistan« zur Zeit des Osmanischen Reiches im offiziellen Schriftverkehr ohne Weiteres benutzt. Aber die Republik Türkei hatte immer Angst vor diesen Wörtern, sie hat auch noch heute Angst davor. Solche Wörter sind unsere Tabus. Der Staat reagiert immer so, als ob die Benutzung solcher Wörter die Teilung des Landes mit sich bringen würde. Das ist eine Kinderkrankheit.

Aber die erste Republik geht momentan in eine zweite modernere Republik über, die Demokratisierung und Stabilität bringen wird. Dieses Land wird von Tag zu Tag reifer und freier von jeglichen Kinderkrankheiten, die die Ursache von Verboten und Tabus sind. Ich denke, wir befinden uns in den letzten Zügen einer Demokratisierung. Wenn wir sie nicht durchsetzen, dann erwartet die Türkei eine verhängnisvolle und blutige Zukunft, was ich ihr aber nicht wünsche.

# Wurden gegen Sie in letzter Zeit wegen Ihrer Schriften neue Gerichtsverfahren eingeleitet?

Nein, nicht sehr viele. Im Sommer musste ich einige Male vor Gericht erscheinen. Für Deutsche mag so etwas merkwürdig klingen, aber für uns ist es die Normalität. Wenn man permanent in der Anormalität lebt, dann ist sie die Normalität. Für uns ist es nichts Außergewöhnliches mehr, wenn wir wegen unserer Werke vor irgendwelchen Gerichten erscheinen müssen. Momentan liegt aber kein neuer Gerichtstermin vor.

#### Wie wichtig ist für Sie die EU-Mitgliedschaft der Türkei?

Sie ist sehr wichtig für beide Seiten. Die Türkei hat nicht die Kraft, die Demokratisierung alleine zu schaffen. Dabei braucht sie die Hilfe der westlichen Staatengemeinschaft. Wie ich aber immer wieder betone, braucht auch die EU ein Land wie die Türkei. Denn die EU ist eine allzu geschlossene, alte und gut organisierte Union, die aber in der Weltpolitik leider kein Gewicht hat. Wenn die EU eine Mitsprache in der Weltpolitik haben will, dann sollte sie mit einem muslimischen Land wie der Türkei zusammenarbeiten. Die EU braucht eine gute Vermischung, denn Mischlinge haben ihre eigenen Stärken. Viele Großmächte sind aus solchen Mischungen hervorgegangen. Europa sperrt sich aber momentan nach außen ab und will unter sich bleiben.

Einige europäische Nationen wollen die Türkei ausgrenzen. Das würde aber die EU zu einem christlichen Club machen, und mit einer einzigen Religion kann man schlecht universal sein. Wenn die EU eine universale Union sein will – und davon bin ich überzeugt –, dann wird sie ihr Ziel nicht mit einer einzigen Religion erreichen. In der Welt gibt es andere Glaubensrichtungen und mit einer Religion kann die EU die eigenen Kriterien nicht exportieren. So würde sie einsam bleiben, und momentan ist sie für mich sehr einsam. Hinzu kommt, dass die USA auf sie einen großen Druck ausübt und sie herumstößt.

Auf der einen Seite will die EU die größte Erfindung des 21. Jahrhunderts sein, auf der anderen versperrt sie sich den Weg zu einer universellen Macht. Wenn sie sich aber ohne Angst vor einer fremden Religion mit der Türkei zusammen tut, und wir demokratischer und zivilisierter werden, dann könnte mit dieser Vereinigung eine universelle Kraft geboren werden. Dann wäre die EU eine Macht, die sich über den Balkan bis in den Nahen Osten und bis zum Kaukasus erstrecken würde.

Aber das ist die Entscheidung der EU. Vielleicht will sie nicht so eine Kraft sein, sondern nur in ihrem Kulturkreis in Ruhe gelassen werden.

Allerdings glaube ich nicht, dass die EU eine einheitliche, grenzüberschreitende, europäische Institution ist. Wenn man einen Deutschen, einen Franzosen oder einen Briten fragt, woher er kommt, dann ist die Antwort nie: »Aus Europa«. Er sagt: «Ich bin Brite« oder: »Ich bin Deutscher«.

Wenn die Europäer eines Tages tatsächlich »europäisch« werden, dann werden sie auch selbstsicherer sein. Momentan sind sie ängstlich. Und je ängstlicher die Türkei ist, umso ängstlicher ist auch Europa.

# Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Meinungsumfragen, wonach sich die Mehrheit der Türken gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen hat?

Eigentlich sind die Türken nicht so sehr gegen einen EU-Beitritt. Zwar hat die Zahl der EU-Gegner enorm zugenommen, aber momentan machen sie in etwa die Hälfte der Befragten aus. Man muss zugeben, auch die EU hat Fehler gemacht. Besonders in der Zypernfrage hat sie die Türkei sehr verletzt. Die Türken sind in der Frage im Recht. Die griechische Seite hat den Frieden abgelehnt, und die türkische Seite wollte ihn. Was hat die EU gemacht? Sie hat die Entscheidung der türkischen Seite missachtet und sie sogar zusätzlich bestraft. Natürlich führt das zu einem Vertrauensverlust. Man denkt hier: »Die EU will den Frieden nicht. Sie unterstützt die Völkerfreundschaft nicht. Ihre Kriterien sind nicht stabil und ändern sich andauernd.« Das führt natürlich zu Misstrauen. In dem Punkt hat die Türkei Recht. Europa hat sich ihr gegenüber nicht in Reife und nicht ihrem Standard entsprechend präsentiert. Die Türkischzyprioten haben mit großem Willen den Frieden unterstützt. Wenn die EU die Friedensbefürworter bestraft, dann ist es normal, dass die Menschen der EU misstrauen.

#### Braucht die Türkei die EU oder die EU die Türkei?

Wahrscheinlich braucht die Türkei die EU mehr. Aber aus den Gründen, die ich vorhin genannt habe, braucht auch die EU die Türkei. Ohne die Türkei wird die EU etwas Unbedeutendes sein. Die Türkei ist für die EU wichtig, weil sie ein Staat ist, der eine andere Religion hat

als Europa. Wenn heute die Beziehungen der nichtchristlichen Staaten mit der EU nicht auf Vertrauen basieren, dann nur deswegen, weil die EU die Türkei ablehnt. Zugegebenermaßen ist die Türkei unterentwickelt und arm, aber der eigentliche Grund der Ablehnung ist der Islam. Wenn die EU gegenüber einer anderen Religion abweisend ist, dann sind die nichtchristlichen Staaten ihr gegenüber auch abweisend, das ist normal. Es schaukelt sich gegenseitig hoch. Wenn die EU der Türkei wegen des Islams skeptisch gegenüber steht, dann werden die Muslime dem Christentum gegenüber auch misstrauisch sein. Das ist die Entscheidung der EU, sie muss sich entscheiden.

Wenn Sie mich fragen, dann würde ich sagen, dass die EU die Türkei braucht. Wenn die EU aber sagt: Wir brauchen die Türkei nicht, dann wird sie ein Klub der Alten bleiben, der seine kreative Phase bereits hinter sich hat und nichts Neues schaffen kann. Weder ihre Kunst noch ihr Lebensstil bietet etwas Neues. Nur in England bewegt sich etwas. Frankreich wird immer mehr von der Dorfkultur eingenommen und wird immer zentralistischer. Auch in den anderen EU-Staaten gibt es weder in der Kunst noch in der Technik großartige Entwicklungen. Irgendwie hat man das Gefühl, dass sie den USA hinterher laufen. Diese Tatsache hievt die EU nicht auf den Punkt, auf dem sie sein will. Sie ist zwar besser dran als wir, aber die Türkei ist kein Kriterium. Die EU ist besser als wir, weil wir schlecht sind. Wenn man aber Europas Geschichte und Kultur anschaut, dann ist es ein Kontinent, der die Weltführung verdient. Leider hat aber Europa nicht die Stärke, die ihrer Geschichte angemessen ist. Europa muss sich die Frage stellen: »Ich habe eine alte Geschichte und eine glorreiche Kultur. Warum bin ich so unbedeutend, obwohl ich den Roman, die Literatur und die bildende Kunst erfunden habe?«

Die Türken scheinen nationalistischer zu sein als die Bürger anderer europäischer Staaten. Kann der vorherrschende Nationalismus die Integration der Türkei in die EU negativ beeinflussen?

Nationalismus gibt es nicht nur in der Türkei. In der Türkei wechseln die Strömungen ziemlich schnell. Wenn der Nationalismus in der Türkei tatsächlich zugenommen hätte, dann müssten auch die nationalisti-

schen Parteien ihre Stimmenzahlen erhöht haben. Das ist aber nicht der Fall. Die nationalistischen Parteien haben nicht mehr als 20 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die MHP hat 13 Prozent. Man behauptet zwar immer wieder, dass der Nationalismus stärker wird, sobald man sich aber die Zahlen anschaut, dann merkt man, dass das nicht stimmt.

Andererseits betrifft der Nationalismus nicht allein die Türkei. Was soll man zu Sarkozy sagen? Was soll man zu den Äußerungen von Frau Merkel sagen? Wenn die Regierungschefs von zwei führenden Nationen nationalistische Politik betreiben, dann kann man die Türkei schlecht als nationalistisch bezeichnen. Die Welt ändert sich, und sowohl die Türken als auch die Europäer haben Angst davor. Sie sehen zwar, dass manches sich ändert, wissen jedoch nicht, wohin das führt. Deswegen halten sie panisch an alten Werten fest. Das machen sowohl die Türken als auch die Europäer. Wie Sarkozy sich momentan aufführt, ist nichts weiter als nationalistisch. Merkel tut das Gleiche. Sogar das gesamte Europa versucht, sich am Nationalismus und Patriotismus festzuhalten. So ist es, man hat vor dem Kommenden Angst.

Der Nationalismus ist ein Problem, das die ganze Welt anbetrifft, und hat seine Ursache darin, dass ein neues Zeitalter anbricht. Diese Angst ist menschlich und wird bald wieder vergehen.

Sie sagten, dass die EU in der Türkei die Demokratisierung herbeiführen kann. Ist das nicht eigentlich die Aufgabe des türkischen Volkes?

Es ist die Aufgabe des türkischen Volkes. Aber ich sehe die Welt mit anderen Augen. Sie wird allgemein zwar mit Grenzen, Nationen und Fahnen wahrgenommen, sie ist aber längst grenzenlos. Wir merken es nur nicht. Die EU hat noch nicht bemerkt, dass sie eine Union ist. Man hat sie gegründet, sie aber nicht verinnerlicht. Ich nehme die Völker nicht innerhalb der Grenzen wahr, in denen sie leben. Für mich gibt es in der Welt nur ein einziges Volk: das Volk der Weltbewohner. Und dieses Volk muss sich gegenseitig unterstützen.

Wenn die Türkei es nicht schafft, sich zu demokratisieren, dann muss die ganze Welt ihr helfen. Wir sind nicht nur die Türkei, sondern wir sind auch ein Teil der Welt. Also betrifft dieses Problem alle, sowohl Bangladesch, die USA, Russland als auch China. Wir sind Teile eines Ganzen, aber jedes Teil kommt sich wichtiger vor als das andere. So war es immer in der Geschichte. Menschen spalteten sich ab und nahmen sich wichtiger als das Ganze. Das ist aber nicht klug. Wenn Sie mich fragen, es ist sogar etwas Dummes, wenn ein kleiner Teil sich wichtiger vorkommt als die Ganzheit. Was ist schon eine Nation? Was ist das für eine Aussage, dass ein Deutscher oder ein Türke sein Volk für wichtiger hält als die gesamte Welt? Dabei vereint die technologische Entwicklung die Welt von Tag zu Tag enger, und die Teile kommen zunehmend zu einer Einheit zusammen. In so einer Situation sind die Probleme der Türkei Probleme der ganzen Welt.

Das Problem der Deutschen ist genauso ein Problem der Welt. Können Sie sich ein Frankfurt jenseits von Deutschland vorstellen? Wenn Frankfurt ein Problem hat, dann ist es ein Problem Deutschlands. Genauso wenig kann es ein Problem von Malatya geben, ohne dass es ein Problem der Türkei ist. Dieses Prinzip gilt für die ganze Welt.

Aber weil wir leider mit Grenzen und Fahnen so sehr vorbelastet sind, können wir uns außerhalb dieser Weltordnung nichts anderes vorstellen. Früher gab es Stadtstaaten, die sich wichtig nahmen. Später gab es größere Staaten, die im Mittelpunkt standen. Heute leben wir aber in einer Zeit, in der diese Staaten verschwinden werden.

## Inwiefern ist die türkische Armee ein Hindernis für die Demokratie?

Die Armee ist das größte Hindernis für die Demokratie. Solange sie sich aus der Politik nicht zurückzieht, wird die Türkei niemals demokratisch. Die Türkei schafft es nicht alleine, die Armee aus der Politik zu drängen, weil die Armee wie in jedem Land – Deutschland ist hier vielleicht eine Ausnahme – auch hier die größte politische Kraft ist. Da wir Türken weder die Tradition noch die Erfahrung haben, die Armee aus der Politik zu verbannen, werden wir mit dieser Aufgabe nicht alleine fertig. Deswegen bleibt die Armee hier ein Teil der Politik. Solche Probleme können wir nur mit der Weltgemeinschaft gemeinsam lösen.

Solange die Armee sich aus der Politik nicht heraus hält, werden wir uns nicht normalisieren. Denn eine solche Einmischung bringt alle bestehenden Kriterien durcheinander. Es gibt in so einem Land weder Recht, Ordnung, Staat noch eine Staatshierarchie. Stellen Sie sich vor: Eine Institution, die dem Ministerpräsidenten unterstellt ist, droht dem Ministerpräsidenten oder nimmt das Parlament nicht ernst. Wenn in einem Staat die Hierarchie an der Spitze kaputt ist, dann gerät das ganze System durcheinander. Dann gibt es weder Justiz noch Ordnung noch Disziplin. Wenn alle diese Elemente fehlen, dann gibt es auch keinen Staat, jedenfalls keinen vernünftigen Staat.

Besonders in der Kurdenfrage gibt es in der Türkei unterschiedliche Meinungen. Auf der einen Seite sagt die zivile Regierung, dass die PKK die Waffen niederlegen und auf der politischen Bühne kämpfen soll, auf der anderen sagt die Armee, dass mit den Terroristen nicht verhandelt werde. Was sagen Sie dazu?

Meiner Meinung nach handelt die Regierung momentan schlauer. Sie lässt sich von der Armee nicht provozieren, zeigt keine Angst vor ihr und legt sich mit ihr nicht an. Sie handelt mit sehr viel Feingefühl.

### Gibt es für Sie einen europäischen Staat, der mit seiner Demokratie der Türkei ein Vorbild sein könnte?

England sollte nicht nur für die Türkei, sondern für ganz Europa ein Vorbild sein. Auch technologisch haben sich die Engländer sehr gut entwickelt. Soweit ich weiß, ist England das einzige Land in der Welt, in dessen Telefonzellen es auch Internetanschlüsse gibt. England scheint die Technologie neu entdeckt zu haben und hat eine traditionsreiche Demokratie. Wenn ein europäischer Staat zum Vorbild genommen werden sollte, dann könnte dieses Land England sein.

### Wird man die türkische Armee eines Tages dem Verteidigungsministerium unterstellen können?

Davon bin ich überzeugt, und das wird nach einer kurzen Zeit geschehen. Wenn wir am Leben bleiben, werden wir in drei bis fünf Jahren Zeugen von großen, positiven Veränderungen in der Türkei sein.

# Hat die Machtübernahme der AKP die westliche Lebensweise der Türken negativ beeinflusst?

Nein, ich denke nicht. Die Erstarkung der AKP ist gleichzeitig die Erstarkung der Politik. Das gefällt der Armee nicht. Wenn die Armee eine Person oder eine Institution nicht mag, kann sie schnell die Medien gegen sie mobilisieren. Das ist eine Regel: wenn die Armee etwas nicht mag, schwärzt sie es schnell an. Die AKP ist nicht nur die Regierung, sondern sie ist gleichzeitig das Symbol der zivilen Politik. Wenn eine Partei und ihre Politik an Einfluss gewinnen, dann wird die Bedeutung der Armee geringer. Das ärgert die Armee.

Die Stärke einer politischen Partei darf man aber nicht überschätzen. Wenn die Partei Fehler macht, dann wird sie spätestens bei den übernächsten Wahlen abgewählt werden. Das Problem ist dann aber die Erstarkung der Armee: denn sie geht nicht, sie bleibt. Sie hat Waffen und macht bei den Wahlen nicht mit. Deswegen finde ich das Erstarken der AKP positiv. Egal welche Partei, solange sie sich innerhalb der demokratischen Regeln bewegt, begrüße ich ihre Erstarkung. Selbst wenn eine politische Partei Fehler macht, dann stärkt sie damit die Opposition, und das wiederum stärkt die Demokratie. Das brauchen wir hier am meisten.

# Der AKP wirft man die Islamisierung der Gesellschaft vor. Inwiefern ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

Ich habe nie daran geglaubt, dass der Islam in der Türkei eine Gefahr darstellt. Die Türkei war nie ein islamischer Staat in dem Sinne, wie ihn sich die Welt gemeinhin vorstellt. Der Islam in der Türkei unterscheidet sich vom Islam in den anderen Ländern, er ist etwas Türkeispezifisches. Die Türkei ist ein Land, das mit der christlichen Welt die engsten Berührungen hat. Es gibt keinen anderen Staat, der diese Eigenschaft hat. Die Türkei hat ihre Ursprünge in einem Reich, das das halbe Europa und damit viele christliche Nationen in sich barg. Deswegen ist das Christentum für die Türken nichts Fremdes. Wir haben sogar einige Bräuche, die aus dem Christentum stammen. Darüber hinaus haben wir noch die Alewiten.

Weil Anatolien einst viele Völker, viele Sprachen und viele Religionen beherbergte, ist hier der Fundamentalismus, der absolutistische Islam nicht zuhause. Hier hat man einen eigenen Islam. Man glaubt zwar an Gott, aber es ist eher so, wie ein Kind seinem Vater glaubt. Dieser Glaube ist reiner, unschuldiger, vielleicht auch ehrlicher, aber auch ungezogener. Die Beziehung zwischen Gott und den Türken ist eine Art verwandtschaftlicher Beziehung. Sie ist nicht streng, sondern liebevoll, sympathisch und sündhaft. Wir ähneln nicht den anderen Muslimen. Auf diesem Boden wird es niemals einen islamischen Staat geben, wie ihn die Europäer befürchten. Es geht einfach nicht, es fehlt die Voraussetzung dafür.

#### Kann man das Kurdenproblem militärisch lösen?

Kein Problem der Welt kann militärisch gelöst werden. Napoleon hatte einst gesagt: Mit einem Schwert kann man alles machen, nicht aber sich darauf setzen. Mit einem Schwert kann man das Problem vielleicht abschneiden, es aber nicht lösen. Man kann es nur vorübergehend stoppen. Soldaten können keine Probleme lösen, dazu haben sie nicht die Fähigkeit. Das gilt nicht nur für unsere Soldaten, sondern für alle. Sie können das Problem bestenfalls hinauszögern. Es wird aber mit Sicherheit wieder kommen. Deswegen kann man das Kurdenproblem nicht mit Waffengewalt lösen. Dies gilt für beide Seiten.

#### Wie kann das Kurdenproblem gelöst werden?

Man kann es lösen, indem wir uns mit der restlichen Welt vereinen. In der EU wären wir nicht nur türkische Bürger, sondern auch EU-Bürger. Wenn die Kurden die Unabhängigkeit verlangen, dann würde dies auch eine Unabhängigkeit von der EU bedeuten. Wenn sie diese Unabhängigkeit trotzdem wollen, dann muss man darüber diskutieren.

Ich glaube nicht, dass ein Mensch ein demokratisches und freies Land, das sich bereits mit der restlichen Welt vereint hat, verlassen wird. Wenn wir hier menschenwürdig leben, uns frei bewegen, unsere Sprachen sprechen und Religionen praktizieren, gemeinsam produzieren und arbeiten können, dann wird es auch keine Probleme geben.

Vielleicht wird kurdisch eines Tages hier die zweite Sprache sein. In den USA wird Spanisch als zweite Sprache benutzt, und das stellt kein Problem dar. Hier haben wir manche Tabus, die wir – wie ich glaube – auch schnell überwinden können. Wenn in diesem Land so viele Kurden leben, dann ist es normal, dass kurdisch als zweite Sprache benutzt wird, jedenfalls in einer bestimmten Region. Wenn Sie nach Südostanatolien gehen, werden sie Zeuge davon, dass in türkischen Gerichten türkisch-kurdische Übersetzer eingesetzt werden. Diese Menschen sind zwar türkische Staatsbürger, sprechen jedoch kein Türkisch. Wollen wir das alles verleugnen?

In den USA sind die Schilder auf Englisch und auf Spanisch. Wenn man einen guten Willen hat, dann kann man auch Probleme lösen. Allerdings kann man Probleme nicht gegen den Willen einer der betroffenen Seiten lösen. Die Lösung muss sowohl die Türken als auch die Kurden zufrieden stellen. Eine Lösung, die nur eine Seite zufrieden stellt, ist keine Lösung. Ich bin mir sicher, dass es in der Kurdenfrage eine Lösung gibt, die beide Seiten glücklich machen wird. Die Demokratie ist in der Lage, dieses Problem zu lösen.

## Wird der türkische Staat den politischen Druck auf die Kurden so schnell wieder aufheben können?

Ich denke, das kann man machen. Jahrelang hat man in diesem Land den Menschen verboten, kurdisch zu sprechen oder zu singen. Was hat man damit erreicht? Heute kann man sowohl kurdisch sprechen als auch singen. Ein Abgeordneter der CHP verlangt sogar die Gründung von freien kurdischen Universitäten. Wenn sogar die CHP so etwas verlangt, dann kann man auch solche Probleme lösen. Das sind kleine Probleme, die übertrieben werden. Das Problem ist zwar winzig, aber man richtet einen Scheinwerfer darauf, so dass sein Schatten auf die Menschen beängstigend groß wirkt. Sobald man sagt: »Jeder hat das Recht, seine eigene Sprache zu sprechen, seine eigene Schule zu eröffnen und seinen eigenen Fernsehsender zu haben«, dann wird es auch geschehen. Früher stellte das Wort »kurdisch« eine Gefahr dar. Heute spricht man kurdisch. Na und? Ist die Türkei etwa zerstückelt und zerstört worden? Man erfindet hier etwas, um Angst zu verbreiten.

Sobald der Schatten des so genannten Problems verschwindet, tritt die Wahrheit ans Tageslicht.

#### In welche Richtung bewegt sich die Türkei momentan?

Ich denke, die Türkei ist auf dem Wege zur Besserung, nicht nur die Türkei, sondern die ganze Welt. Das Leben wird besser. Manchmal hält man an und springt zurück, aber letztendlich geht es wieder vorwärts. Allerdings ist die Türkei in letzter Zeit zu oft zurückgesprungen, hat zu viele Schritte rückwärts gemacht. Aber jetzt ist der Weg wieder offen, und das Land bewegt sich vorwärts.

#### Wie sieht die Zukunft der Türkei aus?

In Zukunft wird die Türkei ein Paradies sein, in das die Welt strömen wird. Eine Welt ohne die Türkei ist nicht vollständig. Mich werden diejenigen besser verstehen, die Istanbul besucht haben.